

**Haushaltsplanung 2023 - 2026**  
**Isolierung der coronabedingten Belastungen und der zusätzlichen Belastungen bedingt durch den Ukraine-Krieg**

		Haushaltsplanung 2023 ff.				hiervon isoliert			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
<b>Erträge (entfällt):</b>		-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Aufwand:</b>									
<b>Errichtung Wohncontaineranlage zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine</b>	Konkret ermittelter Aufwand einschl. Planung, Erschließung, Miete und Energieversorgung	476.500,00 €	198.000,00 €	-	-	476.500,00 €	198.000,00 €	-	-
<b>Betreuung und Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine</b>	Konkret ermittelter Aufwand u.a. auf der Grundlage der Berichtspflicht für die Quartale 2 - 4 im Haushaltsjahr 2022 in Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Schutzsuchenden anlässlich des Krieges in der Ukraine	330.400,00	330.400,00	-	-	330.400,00 €	330.400,00 €	-	-
<b>Aufwand im Bereich der Energiekosten aufgrund der Preisentwicklung, die ihre Ursache im Ukraine-Krieg hat</b>	Konkret ermittelter Aufwand unter Berücksichtigung der die Preisentwicklung "abfedernden" Unterstützungsleistungen des Bundes	545.144,00 €	506.852,00	496.852,00	496.852,00	225.519,41	187.227,45	177.227,45	
<b>Aufwand im Bereich des Katastrophenschutzes aufgrund eines Blackouts in Zusammenhang mit einer Energiemangellage, die ihre Ursache im Ukraine-Krieg hat</b>	Konkret erwarteter Aufwand, der seine Grundlage in verschiedensten gesetzlichen Regelungen bzw. Vorgaben (u.a. KRITIS-Dachgesetz, Vorgaben des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz) findet	46.600,00 €	8.600,00	8.600,00	8.600,00	33.500,00 €	-	-	-
<b>erhöhter Zinsaufwand im Bereich der Liquiditätskredite (Kassenkredite), der seine Ursache in der Zinsentwicklung aufgrund der vielfältigen Auswirkungen des Ukraine-Krieges hat</b>	Für die Haushaltsjahre 2023 - 2026 wurde ursprünglich ein Zinssatz von 1,5 % in Zusammenhang mit der Veranschlagung vorgesehen. Aufgrund der Zinsentwicklung wurde bei den auslaufenden Kassenkrediten für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 ein Zinssatz von 2,9 % angesetzt.	444.805,00 €	780.868,00	469.000,00	469.000,00	171.400,00 €	347.750,00	-	-
<b>erhöhte Personalaufwendungen für Beamte und tariflich Beschäftigte als inflationärer Ausgleich aufgrund von Preissteigerungen, deren Ursachen in den Auswirkungen des Ukraine-Krieges zu finden sind</b>	Konkret ermittelter Aufwand auf der Grundlage einer Besoldungs- und Tarifierhöhung für das Jahr 2023 von 5 % gegenüber ansonsten eingeplanter 3,5 %	-	-	-	-	155.000,00 €	-	-	-
<b>insgesamt:</b>						<b>1.392.319,41</b>	<b>1.063.377,45</b>	<b>177.227,45</b>	<b>-</b>